

Soziale Politik statt Populismus und Spaltung

Resolution der 23. Bundesverbandstagung des SoVD
Berlin | 2023



Resolution der 23. Bundesverbandstagung des SoVD

Soziale Politik statt Populismus und Spaltung

Wir leben in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen: Um die Klimakrise zu stoppen, muss innerhalb einer Generation unser gesamtes Wirtschaftssystem umgebaut werden. Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden unser Leben und Arbeiten weiter bewegen, formen, zu etwas anderem machen. Auch Kultur und Lebensstile bleiben nicht die gleichen, sind dem Wandel unterworfen, stagnieren nicht. Mehr Menschen aus anderen Weltregionen kommen nach Europa.

Ein Teil der Bevölkerung sieht diesen Wandel als Chance, unsere Gesellschaft für alle lebenswerter zu gestalten. **Anderen machen diese Veränderungen aber auch Sorgen oder sogar Angst.** Der Mehrheit in Deutschland geht es wirtschaftlich gut. Gleichzeitig haben viele Menschen zu wenig Geld für ein gutes Leben oder sie befürchten, in Zukunft abgehängt zu werden. Menschen fühlen sich von der Politik oft nicht ernst genommen und übersehen. Die politischen Entscheider*innen haben in den letzten Jahren nicht immer die richtigen Prioritäten gesetzt und viel zu wenig getan, um den sozialen Ausgleich in schwierigen Zeiten sicherzustellen.

Der SoVD ist die starke Stimme aller Menschen, die in unserer Gesellschaft nicht ausreichend gehört werden. Wir stehen an der Seite von Millionen von arbeitenden Menschen, bei denen das Geld an jedem Monatsende knapp wird. Wir stehen an der Seite der Alten, deren Renten nicht ausreichen. Wir stehen an der Seite der Menschen, die keine Arbeit finden oder nicht arbeiten können. Und wir stehen an der Seite der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen.

Wir kämpfen für eine soziale Politik, die niemanden zurücklässt: Für einen höheren Mindestlohn und Entlastungen für Geringverdienende. Für ein höheres Rentenniveau, ein anständiges Bürgergeld und eine gute Grundsicherung. Für mehr Rücksicht auf und mehr Chancen für Menschen mit Behinderungen oder mit gesundheitlichen Einschränkungen. Sowie für Hilfe und Integration für Geflüchtete. Das ist der Weg des SoVD.

Wir zeigen klare Kante gegen Rechts: In immer größeren Teilen der Gesellschaft werden rechtspopulistische, fremden- und minderheitenfeindliche Positionen vertreten. Auch in der AfD, die zudem Rechtsextremist*innen in ihren Reihen duldet. Dies ist mit den Werten des SoVD unvereinbar. Der SoVD wird sich nie an der „Normalisierung“ solcher Positionen beteiligen. Für Hass, Hetze und Antisemitismus ist im SoVD kein Platz.

Rechtsextremisten, Populisten und Spalter missbrauchen die Nöte und Sorgen der Menschen in unserem Land für Stimmungsmache. Sie spielen Geringverdienende, Rentner*innen, Arbeitslose und Geflüchtete gegeneinander aus. Sie säen Neid und Hass,

machen Menschen zu Sündenböcken und tun so, als gäbe es auf die Veränderungen in unserer Gesellschaft ganz einfache Antworten. Der SoVD stellt sich entschieden gegen diese Feinde unserer Demokratie.

Rechtsextremisten, Populisten und Spaltem geht es nur vordergründig um die Menschen. Es geht ihnen um Macht und eigene Interessen. Wer ihre Programme liest oder in die Länder schaut, in denen sie regieren, der sieht: Sie haben keine Antworten auf die Probleme. Sie sorgen nicht für gute Löhne oder höhere Renten. Sie zerstören den Sozialstaat und die Demokratie. Wer sie wählt, schadet sich selbst.

Rechtsextremisten und Populisten gefährden unseren Wohlstand. Deutschland ist wie kaum ein anderes Land vom Export abhängig, sowie wirtschaftlich auf Weltoffenheit und Fachkräfte aus anderen Ländern angewiesen. Rechtspopulismus ist deshalb auch ein Standortrisiko, treibt Unternehmen ins Ausland und gefährdet damit Arbeitsplätze und unsere sozialen Sicherungssysteme. Zudem brauchen wir in der Pflege und in den sozialen Berufen die Zuwanderung von Arbeitskräften, die sich hier sicher und willkommen fühlen müssen.

Es gibt auf die Veränderungen und Probleme in unserer Gesellschaft keine einfachen Antworten. Mehr Gerechtigkeit, Fairness und Sicherheit für alle müssen mühsam erkämpft und ausgehandelt werden. Das geht nur in einem offenen und freiheitlichen demokratischen System. Soziale Gerechtigkeit braucht eine starke Demokratie.

Politiker*innen aller demokratischen Parteien tragen eine gemeinsame Verantwortung für unsere Werte, unsere Freiheit, unser politisches System und unseren Sozialstaat. Sie müssen die Herausforderungen unserer Zeit und die damit verbundenen notwendigen Veränderungen besser erklären. Sie müssen eine ehrliche und offene Debatte über den besten Weg in die Zukunft führen, statt auf den kurzfristigen parteipolitischen Vorteil zu schauen.

Die aktuelle Regierungskoalition und ihre Vorgänger haben die soziale Spaltung in unserem Land größer werden lassen. Die Unterstützung für Menschen mit kleinen Einkommen in den Krisen der letzten Jahre war zu langsam und nicht ausreichend. Die Entlastung für Rentner*innen kam zu spät, ein Inflationsausgleich für Rentner*innen, Geringverdienende und Erwerbslose fehlt immer noch. Die Politik muss jetzt mehr soziale Sicherheit schaffen und dafür sorgen, dass Wohnen, Heizen, Mobilität und vieles mehr für alle bezahlbar bleibt. Wir brauchen ein höheres Rentenniveau, eine gerechte Gesundheitsversorgung, eine Vollversicherung in der Pflege und eine tatsächlich armutsfeste Grundsicherung.

Die stärksten Schultern müssen jetzt mehr tragen: Es gibt immer mehr Superreiche in unserem Land. Es gibt viele Menschen, deren Einkommen und Vermögen in den letzten Jahren überproportional gestiegen ist. Im Gegensatz dazu erleben wir einen Staat, der nur unzureichend in der Lage ist, notwendigen Verpflichtungen nachzukommen. Und wir erleben, dass immer mehr Menschen in Armut geraten. Die Politik muss jetzt dafür sorgen, dass die wirtschaftlich starken Gruppen mehr dazu beitragen, die Veränderungen zu bewältigen. Wir brauchen einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer und eine Reichensteuer auf große Vermögen. Manche Unternehmen, darunter große Mineralölkonzerne, fahren Rekordgewinne in Zeiten ein, in denen gestiegene Energiekosten Verbraucher*innen das Leben schwer machen und der Staatshaushalt durch Entlastungsmaßnahmen strapaziert wird. Reine Krisengewinne gehen auf Kosten der Allgemeinheit. Wir sind deshalb auch für eine Übergewinnsteuer, wie sie in einigen europäischen Nachbarstaaten bereits eingeführt wurde.

Solidarität und Zusammenhalt sind der einzige Weg, die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Wir rufen unsere Mitglieder und unsere Mitstreiter*innen außerhalb des SoVD auf:

- Mischt euch ein und kämpft mit uns für einen starken Sozialstaat und eine gerechtere Politik!
- Seid solidarisch mit allen, die in unserer Gesellschaft zu kurz kommen und lasst euch, wenn ihr selbst Benachteiligung und Ausgrenzung erfahren habt, nicht gegeneinander ausspielen!
- Geht wählen und wählt demokratische Parteien, die echte Lösungen für Probleme anbieten!

Berlin, 11. November 2023

Impressum

Sozialverband Deutschland e. V.
Stralauer Straße 63
10179 Berlin
Tel. 030 72 62 22 0
Fax 030 72 62 22 311
kontakt@sovd.de
www.sovd.de

Titelbild

© 365mm/Stocksy stock.adobe.com

Stand

11. November 2023